



Biwelschäger Abonnementkosten in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl. Porto 2 Thlr. 11/4 Sgr. Inserionsgebühr für den Raum einer fünfseitigen Seite in Beitragschrift 1 1/4 Sgr.

Erschließung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bezahlungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 94. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 25. Februar 1863.

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**St. Petersburg**, 24. Febr. Der „Russische Invalid“ von heute polemisiert gegen die „Österreichische General-Correspondenz“. Wenn das genannte Blatt von Gewaltakten spräche, die von der russischen Regierung planmäßig angeordnet seien, so habe es nicht Nachrichten aus Polen im Sinne, sondern wahrscheinlich Reminiscenzen aus Italien, wo der General Ghulai im Jahre 1859 Bauern zu Dutzenden habe erschlagen lassen, weil sie der Sympathie für Sardinien verdächtig.

**Warschau**, 24. Februar. Bei Zalin im Lublinschen ist eine Schaar von 500 Insurgents mit einem Verluste von 150 Toten und 36 Gefangenen, unter denen der Anführer, geschlagen worden.

**Lemberg**, 24. Febr. Nach einer Meldung des „Goniec“ haben die Insurgents unter Nerzaj, mit der Abtheilung Bogdanowics vereint, einen Angriff der Russen bei Dubienka zurückgeschlagen und 2 Kanonen erobert.

**Wien**, 24. Febr. Die „Generalecorrespondenz aus Oesterreich“ sagt, es sei die Ablehnung der französischen Vermittelungsvorschläge seitens Lincoln's ein fait accompli.

**München**, 24. Febr. Die „Bayerische Zeitung“ bemerkt zu den neuesten Circulardepeschen Baierns, daß die Aufrechthaltung der bestehenden Zollvereinigung fortwährend den Ausgangspunkt für die bayerische Regierung bilde. Es wäre ein Mißverständnis, wenn man aus der Notiz der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“ die Folgerung ziehen wollte, die Circulardepesche beschränke sich auf eine Einladung zur Bildung eines besonderen deutschen Zollvereins mit Oesterreich.

**Kassel**, 24. Febr. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung ist das Gesetz über die Wiederherstellung der Gemeindeordnung nach dem Antrage des Verfassungsausschusses mit dem Zusatz genehmigt worden, daß Bürgermeister und Gemeindebehörden neu zu wählen sind. Der Regierungs-Commissionar bewiesste das Zustandekommen des Gesetzes, falls nicht eine Entschädigungspflicht für die vom Amt kommenden Bürgermeister ausgesprochen werde. Letzteres wurde einstimmig abgelehnt.

**Rom**, 22. Febr. Das römische National-Comite veröffentlicht eine Antwort auf das von der „France“ mitgeteilte Memorandum der päpstlichen Regierung bezüglich der inneren Organisirung.

## Preußen.

**Berlin**, 23. Febr. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allernächst geruht: Dem Oberhof-Prediger und Ober-Konsistorialrat Dr. Sennhage zu Berlin den rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub, dem Vorsteher der geheimen Registratur im Ministerium des königlichen Hauses und zweiten Kreisrath, Geheimen Hofrath Bork, den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem bisherigen General-Konsul Stägemann in Hamburg den königlichen Kronenorden dritter Klasse und dem Kommerzien-Rath Friedrich Adolph Reimann zu Berlin den königl. Kronenorden vierter Klasse zu verleihen; die Kreisrichter Runge in Glatow, von Gzycki in Deutsch-Erone, Vähr in Marienwerder, Pannenberg in Preußisch-Stargardt, Schulz in Guhrau, Schöber in Freistadt und Fritsch in Sprottau zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen; dem Rechts-Anwalt und Notar Ullrich in Lauban den Charakter als Justiz-Rath, dem Kreisgerichts-Sekretär und Kalkulator Trenk in Glogau den Charakter als Rechnungs-Rath, dem Kreisgerichts-Kanzlei-Direktor Schiöche in Löwenberg und dem Kreisgerichts-Sekretär Hayrych in Liegnitz bei seiner Versezung in den Ruhestand den Charakter als Kanzleirath; so wie dem praktischen Arzt Dr. Huisson zu Posen den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

An der Realsschule in Stralsund ist der ordentliche Lehrer Dr. Schütte zum Oberlehrer ernannt worden. — Der Predigtamt-Candidat Schmidt ist als Lehrer beim königl. Waisenhaus und Schullehrer-Seminar in Königsberg i. Pr. angestellt worden.

Se. Maj. der König haben allernächst geruht: Dem Geheimen Regierungs-Rath Maybach im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und dem Bergamt-Direktor, Ober-Bergbaudirektor Seilo zu Saarbrücken zur Anlegung des von des Kaisers der Franzosen Majestät ihnen verliehenen Ordens der Ehrenlegion, und zwar ersterem des Offizierkreuzes und letzterem des Ritterkreuzes, so wie dem Maler, Professor Oswald Achenthal in Düsseldorf zur Anlegung des von des Kaisers von Russland Majestät ihm verliehenen St. Stanislaus-Ordens zweiter Klasse die Erlaubniß zu ertheilen.

**Berlin**, 24. Febr. [Se. Maj. der König] nahmen heute um 11 Uhr den Vortrag des Polizei-Präsidenten und um 11 Uhr die Meldungen einer Anzahl beförderter, versetzter und beurlaubter Offiziere entgegen. Hierauf fand der Vortrag des Militär-Cabinetts statt, worauf der Oberststabschef Graf v. Redern durch Se. Majestät empfangen wurde.

[Ihre königl. Hoheit die Kronprinzessin] ist mit dem Prinzen Friedrich Wilhelm, ihrem Sohne, gestern glücklich im Schloß Windsor eingetroffen. (St.-A.)

**Berlin**, 24. Febr. [Eine französische Note. — Nichtbeachtung der öffentlichen Meinung.] Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Dem Vernehmen nach ist bereits eine Depesche aus Paris hier eingegangen, welche verlangt, daß Preußen auf die Ausführung der Convention mit Russland verzichte. Es ist traurig genug, wenn in einem Staate die Stimme des Volkes grundsätzlich so wenig beachtet wird, daß an den entschiedensten Missgriffen um so beharrlicher festgehalten wird, je lauter sie sich gegen dieselben erhebt. Sehr wenige Regierungen in Europa, sie mögen nun mit parlamentarischen Institutionen umgeben sein oder nicht, befinden sich heute noch in der Lage, der unzweideutig hervortretenden Volksgefühlung eine ähnliche Haltung entgegen setzen zu können. Unsere leitenden Staatsmänner scheinen sich aber hinter einer spanischen Wand zu befinden, die ihnen eben so wenig einen Einblick in die Stimmung anderer Nationen als in die der eigenen gestattet. Wenn sie etwa Grund zu der Annahme zu haben glauben, daß weder der Herrscher Frankreichs noch die englischen Minister persönlich zu einem kräftigen Eintreten für Polen befondere Neigung haben, so genügt ihnen dies, um zu den anstößigsten Verbindlichkeiten gegen Russland zu schreiten. Wie die moralischen Grundlagen einer gelehrten Führung der Geschäfte im eigenen Lande von ihnen nicht gewürdigt werden, so entgeht es ihnen, daß in anderen Staaten diese Grundlagen längst eine Stärke gewonnen haben, welche die persönliche Willkür in sehr enge Grenzen bannt. So geschieht es dann, daß endlich dem Druck von außen gewahrt werden muß, was dem Andringen des eigenen Landes veragt worden ist. Diese Lage ist eine so demütigende, daß endlich die absolutistischen Anschauungen, aus denen solche Praxis hervorgeht, den letzten Boden verlieren müssen.

Das Parlament und das Land müssen noch kräftiger, als dies bisher geschehen, endlich den berechtigten Einfluß in Anspruch nehmen, der alle andern Kulturstaten Europas vor Erfahrungen bewahrt, wie wir sie seit 15 Jahren wiederholt aufzuweisen haben. Giebt es in unserer Kammer noch eine Partei, welche die vollendete Thatache des auswärtigen Drucks dem selbsttätigen Eingreifen vorzieht, so ist sie gerichtet.

Das Organ der Ultraberalen, die „Berl. Allg. Z.“, wiederholt die Mahnung an ihre Parteigenossen, der von der Commission beschlossenen Resolution über die preußische Intervention in Polen beizustimmen. Das Blatt schreibt: Leider hat die Majorität der zur Beratung der polnischen Sache eingesetzten Commission sich durch die neuesten Nachrichten aus London nicht bestimmen lassen, von ihrem in formaler Beziehung sehr anfechtbaren Besluß abzugehen und den durchaus korrekten der Minorität anzunehmen, obgleich sie gegen denselben nicht das Mindeste einzuwenden hatte. Pflicht unserer politischen Freunde ist nun, nach unserer festen Überzeugung, von ihren Bedenken gegen die Inkorrektheit der Fassung zu abstrahiren und dem Besluß der Majorität beizutreten. Bei politischen Akten kommt es auf die logische Präzision selten an: was Macaulay bei Gelegenheit des act of settlement darüber sagt, ist für alle Zeiten mustergültig. Das Land, welches sehr wohl weiß, was es über die im britischen Parlament besprochenen Conventions-Artikel denkt, will wissen, was seine Vertreter darüber denken, und auf welche Weise sie den voraussichtlichen bedenklichen Folgen jener Artikel entgegenzutreten geneigt sind. Auf die Art und Weise, wie sie das motivieren, ob völlig korrekt oder nicht, kommt dem Lande wenig an; bei dem ungeheuren Ernst der materiellen Lage wird es sich über Formfehler leicht hinwegsetzen.

[Was man über die Behandlung der polnischen Frage von Seiten des Gesamtstaatsministeriums hört,] ist in jedem Bericht merkwürdig. Es genügte nicht, daß ohne Rücksicht auf die tagende Landesvertretung eine Convention zu Stande gekommen ist, welche Gut und Blut des Landes in die äußerste Mitledenschaft zu ziehen vermag, es sollen sogar verschiedene Minister durch die fix und fertig vorgelegte Convention als durch ein fait accompli überzeugt worden sein. Man spricht von sehr eigenhümlichen Auseinandersetzungen, welche in Folge dessen zwischen dem Ministerpräsidenten und einigen seiner Collegen stattgefunden haben sollen, wenn schon es unglaublich erscheint, daß die Unbequemlichkeiten, welche dem Ministerpräsidenten auf dem Gebiete der auswärtigen Politik von den übrigen Ressort-Chefs gemacht werden, nicht gerade allzu groß sein möchten (Magd. Z.)

[Diplomatiche.] Der Ministerpräsident v. Bismarck hatte gestern eine Conferenz mit den Ministern v. Noen und Graf zu Eulenburg, und empfing später den russischen Gesandten und den Botschafter Frankreichs. — Der russische Gesandte v. Dubril begab sich gestern Mittag in das Ministerium des Innern und später in das Hotel des französischen Botschafters und des österr. Gesandten.

[Die Verhaftung des Kreisrichters v. Lyskowsky] in Straßburg wird wahrscheinlich auch im Abgeordnetenhaus zur Sprache kommen. [Vorstellung der Kaufmannschaften.] Nach dem Vortrage der Kaufmannschaft zu Stettin haben auch die Vertreter der höchsten Kaufmannschaft in ihrer gestern Abend stattgehabten Sitzung den Besluß gefaßt, in einem zugleich an das Staatsministerium und den Herrn Handelsminister zu richtenden Promemoria der königlichen Staatsregierung die Bedeutsamkeit der Interessen des gesammten preußischen Handelsstandes und des der Hauptstadt im Besonderen, welche durch eine Verlezung des Nicht-Interventions-Prinzips eine bedenkliche Gefährdung erleiden müßten, vor Augen zu führen und auf die Gefahren einer Politik aufmerksam zu machen, die — worauf ausdrücklich hingewiesen wird — schon einmal bei der Einverleibung des Freistaates Krakau in den österreichischen Kaiserstaat aus Nichtüberückichtung der mercantilistischen Interessen diesen einen noch jetzt nicht verwunderten Schaden zugefügt hat. Die aus der Einverleibung Krakaus in die österreichische Monarchie für Preußen Handel und Fabrikation erwachsenen Nachtheile werden in sehr ausführlichen statistischen Darlegungen nachgewiesen. Die Denkschrift wird schon heute abgehen.

[Zu den Botschaften,] die wegen ihrer in den Verhältnissen begründeten Glaublichkeit nicht ganz ignorirt werden können, bemerkt die „B. u. H.-Z.“, daß der Rücktritt des Herrn v. Bismarck auch in Kreisen von ernsterem politischen Charakter für wahrscheinlich, weil für unerlässlich gehalten wird. Verschiedenlich wird in solchen Kreisen Graf Golz als der designierte Conseilpräsident und Minister des Neuherrn genannt. Als lediglich Conjectur darf wohl angesehen werden, wenn erzählt wird, daß Herr v. d. Heydt als Finanzminister, General v. Bonin als Kriegsminister und Geh. Rath Delbrück für Handel und Gewerbe dem neuen Kabinett angehören werden.

K. C. Berlin, 24. Febr. [Die Abwesenheit des Kriegsministers.] Bei der gestrigen Beratung des Hauses der Abgeordneten ist die Abwesenheit des Kriegsministers allgemein aufgefallen; der Vertreter der Armee hätte, wie man meint, bei der Verhandlung über ein Gesetz nicht fehlen dürfen, welches den Dank des Vaterlandes an die Kämpfer unserer glorreichen Schlachten abträgt soll; so wurde die ganze Sache vom Minister lediglich als eine Finanzfrage behandelt.

[Gerüchte von Ministerkrise.] Seit gestern Abend sind allerlei Gerüchte über eine Ministerkrise in Umlauf; man spricht von einer Ersehung des Herrn v. Bismarck, sei es durch den früheren Ministerpräsidenten v. Manteuffel, sei es durch Männer von liberaler Färbung. Bestimmtes weiß indeß Niemand, und wir können diese Gerüchte nur registrieren, ohne über das Maß ihrer Begründung ein Urtheil zu fassen. Sicher ist, daß die diplomatische Niederlage Preußens in der polnischen Sache eine vollendete Thatache genannt werden kann und daß die Ausführung der Convention vom 8. Febr. gestartet ist, gestartet für jetzt und wohl für immer. Das Gewicht dieser Thatachen wird an entscheidender Stelle empfunden, und jene Gerüchte von einer Ministerkrise sind ein Wiederhall jenes Eindrucks, von sanguinischen Hoffnungen auf einen wirklichen Systemwechsel wird man wohl thun, sich zu hüten.

[Die deutsche Fortschrittspartei] hat ihren Vorstand neu gewählt; derselbe besteht jetzt aus den Abgeordneten Behrend, v. Forckenbeck, v. Hobernd, Immermann, Kosch, Parrissius (Brandenburg), v. Rönne (Solingen), Ledow und Walde; die Abg. Schulze und Birchow haben die Wiederwahl abgelehnt. Schriftführer ist nach wie vor der Abg. Senff.

[Die Gemeinde-Commission des Hauses der Abgeordneten] hat ihren ersten Petitionsbericht erläutert. Die städtischen Behörden der Stadt Neustadt mit ihrer Beschwerde über die Einquartierungslast auf den Reichsweg verwiesen, da das Servis regulatio von 1810 dort nicht als gesetzlich eingeführt zu erachten sei. — Eine Petition des Kaufmanns Falke zu Werne in Westfalen wegen versager Bestätigung der auf ihn gefallenen Wahl zum Magistratsmitglied gewährt einen traurigen Einblick in die von persönlichen Missbilligkeiten zerissen Verhältnisse einer kleinen Stadt; gegen den Petenten sind allerlei Denunciations und Anschuldigungen erhoben, deren Nichtigkeit er nicht allein in Abrede stellt, sondern auch durch Zeug-

nisse vieler Bürgerscheinlich macht; ein Zeugnis des Vorsteher des Stadtverordneten beschuldigt andererseits die beiden Hauptwidersacher des Petenten, den Bürgermeister und den Amtmann, der Dienstvertrag und eines Kassenrechts in der Rämmerei. Die Commission hat sich nicht zu einem Antrage vereinigt können.

[Die Justiz-Commission] hat ihren Bericht über den John'schen Gesetzentwurf wegen des Zeugzwanges noch nicht festgestellt, da das Staatsministerium noch nicht berathen hat, welche Stellung es in dieser Frage einzunehmen will.

[Die Budget-Commission] erledigte heute die Stats der Münze und des Finanzministeriums. Im letzteren wurde die Ausgabeposition für die beiden neuen Direktionen bei den Regierungen zu Gumbinnen und Oppeln gestrichen, trotzdem der Geh. Rath Lehner als Commissar des bei der Sache hauptsächlich interessirten Cultusministeriums die Erteilung der beiden neuen Stellen als besonders dringlich befürwortete. — Bei der allgemeinen Kassenverwaltung wurden die 511,000 Thlr. Überschuss aus 1861 nicht unter die Einnahme gestellt, weil sie nach Ansicht der Commission zum Staatschaf abgeführt werden müssen.

Aus der Neumarkt, 20. Febr. [Missbrauch mit der königlichen Antwort auf die Adresse der Abgeordneten.] Das „Sternberger Kreisblatt“ (Nr. 7) enthält Folgendes:

„Die Herren Lehns- und Gerichtsschulzen werden hierdurch angewiesen, die in der Beilage zum 6ten Stück des Amtsblatts abgedruckte allerhöchste Antwort Sr. Majestät des Königs auf die Adresse des Abgeordnetenhauses ihren Gemeinden in einer besonders dazu zu beruhenden Gemeindeversammlung vorzulegen. Drossen, den 12. Februar 1863. Königlicher Landrath v. d. Hagen.“

Hagen, 21. Febr. [Die Elbers'sche Angelegenheit] verdient die öffentliche Aufmerksamkeit in vollem Maße, weil dabei die wichtigsten staatsbürglerlichen Interessen in Frage kommen. Deshalb erlauben Sie uns eine noch etwas genauere Darstellung. Der Landwehr-Offizier und Fabrikbesitzer hr. Eduard Elbers wurde seiner Zeit wegen Theilnahme am Nationalfonds von seinem Bataillons-Commando zur Kede gestellt und ihm die Beileitung an den Festlichkeiten am 3. Februar untersagt. Er wandte sich hierauf mit einer Beschwerde an den Bataillons-Commandeur, worin er um Zurücknahme des seine bürgerlichen Rechte beeinträchtigenden Verbotes ersuchte, event. um Einsendung seines Beschwerdebrieves an das General Commando bat. Der Bataillons-Commandeur nahm nun zwar das Verbot in einem Circularschreiben zurück, oder stellte es vielmehr so dar, daß es nicht als Verbot, sondern nur als Wunsch gelten sollte, sandte aber doch zugleich die Beschwerde beim General-Commando ein, die nach dem ausdrücklichen Erfassen des Herrn Elbers nur im Falle einer abschlägigen Antwort des Majors an dasselbe abgehen sollte. Das General-Commando verurteilte Herrn Elbers, weil er sich an eine mittlere und nicht gleich an die höchste Instanz gewandt hatte, obgleich er in Rücksicht seines Verhältnisses zum Bataillons-Commandeur diese mildere Form absichtlich gewählt, zu einem dreitägigen Stubenarrest, den derselbe bereits abbüßte! Das General-Commando hat sich hiermit jedoch nicht begnügt, sondern will Herrn Elbers auch noch vor ein Kriegsgericht stellen und hat bereits eine Conferenz von Offizieren berufen, die eine Voruntersuchung abgehalten und Herrn Elbers seine zu erwartende Stellung vor ein Kriegsgericht angekündigt hat. Die Entscheidung eines Ehrengerichts von Landwehr-Offizieren und Standesgenossen könnte im vorliegenden Falle einem Zweifel unterliegen. Aber wer möchte seinen Sohn noch zum Landwehr-Offizier bestimmen, wenn derselbe dabei Gefahr läuft, in derartige Conflicte bürgerlicher und militärischer Anforderungen gebracht und wegen Theilnahme an einem patriotischen Feste vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden, einem Feste, das in Berlin selbst so hoch gefeiert und von Seiner Majestät dem Könige mit seiner höchsten Gegenwart geehrt worden ist? (K. Z.)

Stettin, 23. Febr. [Ein Veteran ohne Sarg.] Vor einigen Wochen kam ein Veteran aus den Freiheitskriegen schwer krank in den Krug zu Coserow (bei Swinemünde). Der Wirth wollte ihn, weil er seinen baldigen Tod erwartete, nicht bei sich behalten, und so wurde er nach einem andern Dorfe gefahren, von da aus demselben Grunde nach Coserow zurück, und schließlich nach Swinemünde, wo er als Leiche ankam. Seitens des dortigen Magistrats forderte man 5% Thlr. für die Beerdigung, während der Landrath nur die in solchen Fällen üblichen 2 Thlr. bewilligen konnte. In Folge davon wurde die Leiche ohne Sarg begraben! Jetzt nun ist das patriotische Gemüse der Swinemünder erwacht, und man sammelt dort zu einem Denkmal, welches auf dem Grabe des Freiheitskämpfers am 17. März errichtet werden soll. (Ostl. Z.)

Stettin, 24. Febr. [Darstellung der Kaufmannschaft in der polnischen Angelegenheit.] Seitens des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft ist folgende Eingabe an den Minister für Handel ic. Grafen v. Jenzivitz, abgesandt worden: „Ew. Excellenz wollen verzeihen, wenn wir bei den bedrohlichen Ereignissen, welche sich, nach den in der Debatte des hohen Hauses der Abgeordneten ausgesprochenen Befürchtungen für diezeitige Staatsangehörige in dem benachbarten Königreich Polen ergeben könnten, Ew. Excellenz darauf außerordentlich interessirt sind.“ Nicht allein unsere Holzhändler, welche ihre Beziehungen fast ausschließlich aus Polen machen, sind mit großen Kapital-Vorschüssen dort höchst bedeutsam engagiert, sondern auch das Gros der Getreidezulieferer von dem Bug, der Narow, der oberen und unteren Weichsel und der Warthe ist meist im Vorraus mit preuß. Gelde bezahlt, weil die Natur des dortigen Geschäfts dies bedingt. Wir greifen gewiß, wenn wir die Interessen des Berliner, danziger, Königsberger und posener Handelsstandes dabei mit berücksichtigen, nicht so hoch, wenn wir behaupten, daß viele Millionen Thaler in Polen festgelegt sind und daß durch einen Verlust dieser Summen unabsehbare Unglück über preußische Staatsangehörige herbeigeführt werden würde.

Außerdem sind hunderte von preußischen Schiffen mit ihren Fahrzeugen auf dem Stromgebiete Polens vertrieben, leichtere also nicht nur mit ihrem Hab und Gut, sondern auch mit ihrer Person und oft auch mit ihren Familien einem bedrohlichen Schicksal ausgesetzt.

Als unserm natürlichen Vertreter haben wir Ew. Excellenz die Bedrängnis schildern wollen, in welcher Leben und Vermögen preußischer Staatsangehöriger innerhalb der Grenzen des Königreichs Polen sich befinden, und daraus hinzuweisen wollen, daß dasselbe von eben so großer Bedeutung ist als die Interessen, welche an der Grenze unseres Staates zu wahren sein dürften.“ Dies zu constatiren, haben wir für unseren Beruf und Pflicht erachtet.

Stettin, 20. Februar 1863. (Ostl. Z.)

Deutschland.

Kassel, 22. Febr. [Diplomatie. — Wechsel im Ministerium.] Die Nachricht, daß Herr v. Schachten von Wien aus nach Berlin gehen werde, wird von gut unterrichteter Seite bestätigt; zugleich wird hinzugefügt, daß Herr Alex. v. Baumbach Herrn von

\* Und breslauer?

D. Ned.

Schachten erzeugen werde. Herr v. Baumbach war Minister des Neuen im Ministerium Hassenpflug und eifriger Förderer des Umsturzes der Verfassung; später vertrat er Kurhessen in Paris und dann, bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Preußen, in Berlin. Wie es heißt, soll der jetzige Vorstand des Kriegsministeriums, Herr v. Ostenhausen, durch den Obersten v. Magerfeld ersetzt werden.

**Koburg**, 22. Febr. [Der Landtag] hat gestern mit allen gegen zwei Stimmen das Gewerbegegesetzen angenommen, welches auf den Grundsätzen vollommener Gewerbefreiheit und Freizügigkeit basirt.

### Schweiz.

**Bern**, 19. Febr. [Oberst Charras.] — Handelsbank-Schwindel.] Aus Baseltheilt man uns mit, daß Garnier-Pagès auf Besuch bei dem bekanntlich dort ansässigen Oberst Charras war, um denselben zu bestimmen, für die nächsten Kammerwahlen eine Candidatur in Paris oder in der Provinz anzunehmen. Oberst Charras schlug jedoch das Anerbieten aus, weil eine Opposition, die nur einige Mitglieder zählt, keine Erfolge erzielen könne und nur dazu beitrage, den Gegnern einen Schein des Rechtes zu gewähren. Oberst Charras ist der Meinung, daß Louis Napoleon nichts unerwünschter wäre, als wenn die berühmten „Fünf“ einmal nicht wieder gewählt werden würden. — Unter dem 12. teilte ich Ihnen mit, daß sich auch schweizerische Staatsmänner bei dem basler Handelsbankschwindel beteiligt haben. Hieran ist allerdings etwas Wahres. Ständerath Stählin von Basel brachte nämlich ca. 200 Stück Aktionen, als er zur letzten Bundesversammlung kam, mit nach Bern, welche er Mitgliedern des National- und des Ständeraths und sogar des Bundesraths zu dem Emissionspreise anbot. Von den Mitgliedern des Bundesraths haben vier das Anerbieten accepirt und drei abgelehnt. Unter denen, die ablehnten, befindet sich Stämpfli. Der Unwillen über die Basler und diesenjenen, welche sich von ihnen verleiten ließen, ist allgemein. Was die Basler betrifft, so führen dieselben ganz die Sprache, welche Mirek vor den französischen Gerichtsschränken führte. In ihrem Organe, den „Basler Nachrichten“, erklären sie ganz kurz, sich nicht lange dabei aufzuhalten zu wollen, das neue Institut vor dem Vorwurfe des Schwindels zu reinigen. Schwindel sei ein relativ, teilweise sogar abstracter Begriff. Was der eine Schwindel heiße, sei bei dem anderen ein sehr seriöses Geschäft. Wo die Grenze zu ziehen sei, hänge durchaus von individueller Anschauung ab. So spricht man in dem frommen Basel. (Magdeburg. 3.)

### Frankreich.

**Paris**, 22. Febr. [Polnisches.] — Der Kaiser zur Hochzeit geladen.] C'est Mr. Bismarck qui sauvera la Pologne! — So lautet es auf der ganzen Linie, und die Ironie, welche die allgemeine Lage darstellt, birgt nichts weniger als einen Abgrund. Es handelt sich nur noch darum: ob der Polenaufstand kraftvoll und ausdauernd genug ist, oder durch russische Unruhen hinreichend begünstigt wird, um die preußische Intervention hervorzurufen, ja im Interesse der polnischen Sache zu erzwingen. Mr. v. Bismarck und Fürst Gortschakoff haben genial, ja wie zwei sehr seltene Genies zusammengeholt, und wenigstens in Paris wird ihnen keine Art von Bewunderung, vielleicht von stiller Dankbarkeit verweigert. Ihrer Freundschaft verdankt man es endlich, in den wichtigsten Dingen klar zu sehen. Die Chimäre einer Allianz des Bonapartismus mit dem Pan Slavismus ist endlich hinweggeblasen; mit ihr fällt die andere Chimäre einer aggressiven Politik Russlands in der orientalischen Frage. — Die französischen Deputen an den Baron v. Talleyrand und den Herzog v. Montebello sind nunmehr abgegangen; die Gefandten haben dieselben nur vorgesehen und keine Copie zurückzulassen. Was den Inhalt dieser Aktenstücke betrifft, so bezieht derselbe sich ausschließlich auf die preußisch-russische Convention, über welche Frankreich seine Unzufriedenheit offen zu erkennen giebt. — St. Marc Girardin und P. Gratre haben nunmehr eine Petition zu Gunsten Polens beim Senate eingereicht; die Regierung sieht dieses nicht ungern und wird die Gelegenheit ergreifen, um im Senate einige Erklärungen abzugeben. Man wird wahrscheinlich aus besonderer Begünstigung dieselbe früher an die Reihe kommen lassen, als sie der Liste nach beanspruchen kann. — Der Kaiser ist dem Vernehmen nach zur Hochzeit des Prinzen von Wales eingeladen, und man hält es für möglich, daß er wirklich diesem Familienfest beiwohnen werde.

[Der neue Commandant in Cochinchina,] Contre-Admiral de la Grandiere, ist der „France“ zufolge gestern Morgen von Marseille abgereist. Mit ihm gegen 300 Mann Marine-Infanterie, die zur Verstärkung bestimmt sind.

Aus Vera-Cruz, 28. Januar, kommt über London die Nachricht, daß in dem von den Franzosen vollständig wieder geräumten Tampico, alle Einwohner, welche mit dem Feinde fraternisiert hatten, von den Mexikanern gehängt worden seien. — Laut Nachrichten vom 29. Januar war die Belagerungs-Artillerie am 17. bis nach Cordova gelangt; bis Ende des Monats hoffte man, sie in Orizaba zu sehen. Admiral Durien de la Gravire, der seine Flagge von der schwer infizierten „Normandie“ auf den „Berthollet“ hatte überpflanzen müssen, ist, da dieses Schiff ebenfalls vom Fieber angesteckt ward, an Bord der „Dryade“ gegangen, wo er die Ankunft seines Nachfolgers, Contre-Admirals Bosse, erwarten will. — Das in der Havanna erscheinende „Diario de la Marina“ vom 31. Januar enthält aus Vera Cruz vom 24. Januar folgendes: „Auf Befehl des Ober-Befehlshabers des französischen Heeres ward, daß von dem Kriegsgerichte über Bartolo Banderas und Justo Pusor wegen Vergiftung französischer Soldaten gefallene Urteil vollstreckt. Die beiden Verurtheilten wurden, nachdem sie alle geistlichen Erbittungen erhalten hatten, in Gegenwart der mexikanischen Gefangenen erschossen.“ Andere Nachrichten sprechen von 11 Mexikanern, die von den Franzosen gehängt worden seien. Auch hier werden Vergiftungsversuche als Grund angegeben.

### Nomrika.

Über die Vertheidigungs-Anstalten der Mexikaner zu Puebla und in der Landeshauptstadt, erfährt man Folgendes: Die sogenannte Ost-Armee, welche die Belagerung Puebla's besiehen soll, zählt, versichert man, 21,000 Mann Infanterie, 7000 Mann Kavallerie und 2000 Mann Artillerie. Commandant en chef dieser Armee ist bekanntlich General Gonzales Ortega. Die Artillerie befiehlt General Paz. Die Festungswerke bestehen aus 2 Haupt-Forts: Guadalupe und Loreto und 7 kleineren Forts. Das Fort Guadalupe hat 4 Metres dicke Mauern, ist mit Gräben umgeben und mit 40 Geschützen armirt. Die übrigen Forts enthalten 100 Geschütze von schwerem Kaliber, deren Feuer sich kreuzt. In der Stadt sind große Proviant-Massen angehäuft. Die Hauptstadt Mexico wird von der Centre-Armee unter General Comonfort vertheidigt. Die Stärke dieses Corps wird, wohl übertrieben, auf 12,000 Mann angegeben. Die Vertheidigungswerke der Stadt bestehen hauptsächlich aus Batterien, durch wenig tiefe und fast trockene Gräben beschützt. Um dem Wassermangel vorzubeugen, hat General Comonfort artesische Brunnen graben lassen, was leicht ist, da man im Thale von Mexico, bei 40 Metres Tiefe, überall auf Wasser stößt. Die 3. Reserve-Armee ist unter Dobaldo noch in der Organisation begriffen.

### Unruhen in Polen.

**Warschau**, 23. Febr. [Offizielle Berichte.] — Miesroslawski. Unser Regierungsbatt bringt heute, wenn auch wieder kurze, doch ziemlich wichtige Mittheilungen: „Nach den aus dem südlichen Theile des Gouvernements Radom eingegangenen Rapporten hat sich eine starke Militär-Abtheilung die ganze Gegend zwischen Kromolow, Pilica, Wolbrom, Olkusz und Granica durchzogen und nirgends aufständische Banden angetroffen. Nach ihrer Niederlage in Miechow haben sie theils die Grenze überschritten und sich nach Galizien begeben, theils haben sie sich zerstreut. Die gesetzmäßige Behörde wurde in allen oben erwähnten Orten wieder hergestellt.“ — Den 19. Februar hat der Oberst Schröder-Schuldnar an der Spitze einer aus drei Compagnien Infanterie zusammengesetzten Truppe bei einem zu den Gütern von Krzywoszecz (zwischen Sluzewo und Radziejow), 10 Werste von dieser letzteren Stadt und 5 Werste von der preußischen Grenze) eine Bande von 600 Mann ereilt, sie geschlagen und einige Werste verfolgt. Das Treffen dauerte 4 Stunden lang. Die Insurgenten hatten einen großen Verlust an Toten; auf dem offenen Felde sind 82 Gefallene gezählt worden, und wie viele im Walde liegen, konnte man noch nicht constatiren. Man hat dreizehn Mann gefangen und einige Fuhrwerke mit Waffen und Sachen weggenommen, auch eine Correspondenz, aus welcher sich zeigt, daß diese Bande von Mieczlawski gebildet und befehligt war. Dieser letztere ist beim Anfang des Kampfes (zu Pferde) nach der Grenze entflohen.“

In Lenczyce ist eine Proklamation des Insurgentenhefts erschienen, der die Deutschen auffordert, mit den Polen gemeinschaftliche Sache zu machen — gleichzeitig auch folgender Aufruf an die Polen:

Kriegs-Kreis-Chef von Lenczyce (Lentsch). Ich befehle hiermit allen Bürgern von 18—40 Jahren, sich unverzüglich in das Lager zu begeben, den Gutsbesitzern desgleichen und zwar zu Werde, mit so viel Bedienung, als sich nur aufstreben läßt. — Der Kloster Kreis, unter Befehl des dortigen Chfs, wird sich dem Lager der Mazowieschen Wojwodschaft, welchem ich vorstehe, anschließen; aus dem lenczycer Kreise geschieht der Anschluß dort, wo er am nächsten ist. Dieser Befehl soll binnen 48 Stunden ausgeführt werden, im Nichtfall bleibt Jeder in den obengenannten Jahren mit seiner Person aus strengste verantwortlich.

Den 18. Februar 1863. Der Kriegsgouverneur des lenczycer Kreises.

**Posen**, 23. Februar. Wie man sagt, ist der hier angekommene russische Oberst von Weimar, von dem ich gestern sprach, (S. das gestrige Mittagsblatt der Bresl. Z.) dem Stabe des Oberst-commandirenden, General v. Werder attachirt. — Geschäftleute, welche aus der Czestochauer Gegend heute hier angelkommen sind, schließen die dortigen Verhältnisse als sehr traurig. Nach ihren Mittheilungen ist Czestochau selbst von 2000 Russen besetzt. (R. 3.)

Die „Posener Bzg.“ meldet hierüber: „Wie uns mitgetheilt wird, soll der Aufenthalt des russischen Obersten in Posen den Zweck haben, um bei Operationen an der Grenze eine Verständigung zwischen dem preußischen und russischen Truppencommando zu vermittel, was doch wieder auf eine in Aussicht genommene Cooperation zwischen Preußen und Russland schließen lassen würde.“

**Posen**, 24. Febr. Ein Herr v. Taczanowski, Onkel des preußischen Kammerherrn gleichen Namens, hat seine Güter in der Gegend von Kalisch, wo die Insurgenten ihm eine Kriegssteuer von 100,000 poln. Gulden auferlegt hatten, verlassen und ist in unserer Provinz angekommen. Als die Beamten des Herrn v. L. den Insurgenten erklärten, daß kein Geld vorhanden sei, hielten diese sich einstweilen an das lebende Inventarium. — Der Kassirer des Grafen Wielopolski, welcher den Auftrag hatte, eine halbe Million Gulden nach dem Auslande in Sicherheit zu bringen, ist, dem Vernehmen nach, unterwegs von den Insurgenten angehalten und dieses Geldes beraubt worden. (Pos. 3.)

**Breslau**, 25. Febr. [Die Städte.] Gestohlen wurden: Gartenstraße Nr. 41 eine kupferne Schüssel; Salzgasse Nr. 5 340 Pfund Kleefamen; ein in dem Flur des Hauses Universitätsplatz Nr. 9 angebrachtes Blechschild mit der Aufschrift: „Wielands Bildhauer-Werkstatt, zwei Treppen“; Karls-Straße Nr. 27 ein Schok weiß Leinwand; von dem Karlsstraße Nr. 29 befindlichen Druckstand das kupferne Basserausfluskröhre.

Eingespannen wurde vor einigen Tagen auf dem Mauritiusplatz eine weiß und braun gefärbte Ente. Dieselbe befindet sich bei dem Brüderstraße Nr. 9 wohnhaften Korbmachermeister Sperling in Verwahrung. (B.-Bl.)

**Breslau**, 24. Febr. [Reserve-Einzahlung.] Obwohl der Herr Minister-Präsident von Bismarck-Schönau in der Sitzung des Abgeordnetenbaues vom 18. d. M. ausdrücklich erklärt hat: daß die Reserven nur für die Infanterie, nicht aber für die Cavallerie eingezogen werden, — so wiederholte ich doch die von mir bereits in Nr. 81 dieses Blattes erfolgte Mittheilung, nach welcher auch schon die Reserven des 2. Schles.-Dragoner-Regts. (Nr. 8) eingezogen worden sind, welcher Thatsache wohl Niemand wird widersprechen können. Ich sage dieser obigen Mittheilung nach hinzu, daß die einverufenen Reserven dieses Regiments dem letzteren, welches bereits an die polnische Grenze abgerückt ist, am 22. d. M. nachgerückt sind. — Auch bei der Artillerie scheinen die Reserven eingezogen zu werden. Aus Breslau ist zu diesem Truppenteil ein Thierarzt eingezogen worden, welcher voraussichtlich schon längere Zeit dem ersten Aufgebot der Landwehr angehört, und der, weil er an gedachtem Orte seit einer Reihe von Jahren sich eine bedeutende Praxis erworben hat, gewiß nur höchst ungern diesem Rufe folge leistet.

### Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Breslauer Stationen, die Temperatur der Luft nach Raumur.

Breslau, 24. Febr. 10 U. Ab. 336,58 +0,4 W. 1. Ueberwölkt.

25. Febr. 6 U. Morg. 336,54 -0,6 W. 2. Trüb.

Breslau, 25. Febr. [Wasserstand.] D.-P. 15 f. 13. U.-P. 1 f. 11 f.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Paris**, 24. Febr., Nachm. 3 Uhr. Die Rente, welche von 69, 60 begonnen, stieg auf 69, 70, und dann auf 69, 05 und schloß äußerst matt zur Notiz. Schluss-Course: 3pro. Rente 69, — 4% pro. Rente 98, 50. Italienische 3pro. Rente 69, 40. 3pro. Spanier 49, — 1pro. Spanier 46. Dörf. Staats-Eisenbahn-Alten 505, — Credit-mobilier-Alten 1115, — Lomb. Eisenbahn-Alten 575, — Dörf. Credit-Aktionen.

**Paris**, 24. Febr., Mitt. 2% Uhr. Die Börse ist in sehr matter Haltung. Die Rente wurde zu 69, 10, Credit-mobilier 1115, — die italienische Rente 69, 30, Lombard 580, Dörf. Staats-Eisenbahn 508, 75 gehandelt.

Aus London waren Consols von Mittags 12 Uhr 92% eingetroffen.

**London**, 24. Februar, Nachm. 3 Uhr. Silber 61%. Bedeutender Himmel. Consols 92%. 1pro. Spanier 46. Mexikaner 32%. Sardinier 83%. Spro. Russen 96. 4% pro. Russen 93%. — Hamburg 3 Monat 13 Mt. 7 Sch. Wien 11 fl. 90 Kr.

**Wien**, 24. Febr., Mitt. 12 Uhr 30 Min. Bessere Stimmung. Spro. Metall 75, 20. 4% pro. Metall 65, 50. 1854er Loofe 92, 75. Vant. Aktien 813. Nordbahn 190, 20. National-Alteile 81, 60. Staats-Eisenbahn-Alten-Gert. 220, 20. Credit-Alten 234, 50. London 118, — Hamburg 87, — Paris 46, — Gold —, — Silber —, — Böhmisches Westbahn 167, — Lombardische Eisenbahn 269, — Neue Loofe 135, — 160er Loofe 94, 30.

**Frankfurt a. M.**, 24. Febr., Am. 2 Uhr 30 M. Günstigere Stimmung für die meisten Fonds und Aktien bei belebtem Geschäft. Böhmisches Westbahn 72%. Finnl. Alteile 91%. Schluss-Course: Ludwigsb.-Verbaud 144%. Wiener Wechsel 101%. Darmst. Bankatt. 243. Darmst. Bettel-Bant 257. Spro. Metall 63%. 4% pro. Met. — 1854er Loofe 79%. Dörf. National-Alteile 68%. Dörf. Franz. Staats-Eisenbahn-Alten 238. Dörf. Bank-Alteile 820. Dörf. Credit-Alten 223. Neuerte Dörf. Alteile 81%. Dörf. Elisabet-Bahn 129. Rhein-Nahe-Bahn 82%. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 129%.

Hamburg, 24. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Börse fest.

Finnl. Anleihe 90%. Schluss-Course: National-Anleihe 69%. Dörf. Credit-Alten 94%. Vereinsbank 103%. Norddeutsche Bank 106%. Rheinische 99%. Nordbahn 65. Disconto 2%—3%. Wien 89, — Petersburg 31%.

**Hamburg**, 24. Febr. [Getreidemarkt.] Weizen loco eher niedriger, ab auswärts gedrückt. Roggen loco still, ab Danzig pr. Frühjahr zu 76 tafelich, ohne Geschäft. Del pr. Mai 31%, pr. Ott. 29%. Kaffee unverändert.

**Liverpool**, 24. Februar. [Baumwolle.] 2500 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert.

**Berlin**, 24. Febr. Die weit verbreiteten, gläubig von der Börse aufgenommenen Gerüchte von bevorstehenden Cabinetsveränderungen befestigen die schon jetzt hervorgetretene günstige Tendenz. Die Börse nimmt an, daß der Rücktritt des gegenwärtigen Minister-Präsidenten die Schwierigkeiten der russischen Convention beseitigen müsse. Von diesem Gesichtspunkt betrachtet, schien eine Duldungsfäste in weiterer Ausdehnung geboten. Von der Spekulation unabhängig verkehrten aber auch andere Einfuhren, Eisenbahnnation fast ohne Ausnahme in steigender Richtung. Die Haltung war übrigens bei denjenigen Papieren, die nicht in größter Umfang kamen, fest, und wurden allgemein eher Abgabe als Käufer vermied. Auch österreichische Sachen waren in lebhafter Bewegung; dem Aufschwung derselben hat nur das fortwährende Angebot eines in der Basse stark engagierten Spekulationshauses Eintrag. Der Geldmarkt zeigte keine Veränderung, Disconto 3%. (B. u. H.-B.)

### Berliner Börse vom 24. Februar 1863.

Fonds- und Gold-Course.		Div. Z.		
Frei. Staats-Alteile	41	101 1/2	bz.	
Staats-Alteile v. 1850	62	93 1/2	bz.	
dito 1854	55,4	87 5/8	bz.	
dito	1856	41	101 1/2	bz.
dito	1858	4	100 bz.	
dito	1859	5	106 1/2 bz.	
Staats-Schuld-Sch.	37	89 1/2	bz.	
Präm.-Alteile v. 1855	37	129 1/2	bz.	
Berliner Stadt-Obl.	47	102 1/2	bz.	
(Kur.-Neumärker)	37	91 1/2	bz.	
Pommersche	37	91 1/2	bz.	
Posenische	4	100% bz.		
Pommersche	4	100% bz.		
Sachsenische	4	100% bz.		
Westf. u. Rhein.	4	99 1/2	bz.	
Sächsische	4	100% bz.		
Schlesische	4	97 1/2	bz.	
Louisdor.	4	109 1/2	bz.	
Goldkronen	4			